

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 04.11.2015
(9. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW Antrag auf Resolution Frackingfreie Gemeinde Vorlage: FB1/0018/2015	5
2.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2015 bez. Frackingfreie Stadt Meerbusch Vorlage: FB1/0053/2015	5
3 Vorstellung der neuen Forsteinrichtung für den Wald der Stadt Meerbusch Vorlage: SB11/0092/2015	6
4 Naturnahe Wildblumenwiesen für Meerbusch Vorlage: SB11/0094/2015	7
5 Baumfällungen Herbst/Winter 2015/16 Vorlage: SB11/0098/2015	7
6 Abfallentsorgungskonzept 2017 - 2024 Vorlage: FB1/0301/2015	7
7 Anträge	8
7.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 09.10.2015 zur Sanierung der Kemper Allee, hier: Erhalt 44 Amberbäume und Aufbringen Deckschicht Vorlage: FB5/0083/2015	8
8 Anfragen	9
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
9.1 Radfahrsituation im Bereich Ostara	9
9.2 Verkehrssignalanlage Haus Meer	9
9.3 Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte (AGFS)	10
9.4 Gerichtstermin Webergasse	10
9.5 Gebührenkalkulation Friedhöfe 2016	10

10	Termin der nächsten Sitzung: 18. November 2015.....	11
11	Verschiedenes	11
11.1	Bewerbung um den Umweltpreis	11
11.2	Zustand des Bürgersteigs am Hoterheideweg	11
11.3	Zustand des Bürgersteigs an der Gottlieb-Daimler-Straße	11
11.4	Erweiterung der Halteverbotszone auf der Strümper Straße	12
11.5	Straßenschaden auf der Ackerstraße	12
11.6	Umbau des Meerbuscher Hofes.....	12

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied Vertretung für Frau Barbara Neukirchen

von der UWG-Fraktion

Frau Renate Brors Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Dieter Schmolli

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

Beratendes Mitglied

Herr Karsten Weigmann Sachkundiger Bürger Fraktion Die Aktiven

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Fachbereich 1

Herr Detlev Horn Fachbereich 1

Herr Michael Reschke SB 11

Herr Wolfgang Trapp Bereichsleiter Fachbereich 5

Herr Matthias Unzeitig Fachbereich 5

Gäste

Herr Daniel Hook

Herr Michael Wießner

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Barbara Neukirchen

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmall

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende, Ratsherr Leo Jürgens, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Insbesondere begrüßt er den neuen Technischen Beigeordneten, Herrn Michael Assenmacher, im Bau- und Umweltausschuss und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende verpflichtet den sachkundigen Bürger Karsten Weigmann der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch – Die Aktiven und stellt fest, dass alle anderen anwesenden sachkundigen Bürgerinnen und Bürger bereits verpflichtet sind.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum meldet sich zu Wort und äußert Verwunderung über die unterschiedlichen Altersangaben zu den Bäumen auf der Kemperallee. In einer Beschlussvorlage habe sie die Angabe gefunden, dass die Bäume in den 80er Jahren gepflanzt worden seien. Tatsächlich sei dieses jedoch erst 2006 geschehen. Sie bittet um Erklärung.

Herr Trapp erläutert, dass es sich in der Beratungsvorlage um einen redaktionellen Fehler gehandelt habe und er diese Angabe bereits in der letzten Ausschusssitzung am 02.09.2015 korrigiert habe.

2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW Antrag auf Resolution Frackingfreie Gemeinde Vorlage: FB1/0018/2015

Ausschussvorsitzender Herr Jürgens erteilt der Petentin, Frau Dr. Blaum, das Wort.

Sie erwähnt als Ergänzung zu den Ausführungen in der Bürgeranregung, dass sie aus der Presse erfahren habe, dass in Rothenburg (Wümme) die Rate an Blutkrebserkrankungen bei alten Männern außergewöhnlich hoch sei und ein Zusammenhang zwischen der dort betriebenen Erdgasförderung und den daraus resultierenden Schadstoffemissionen nahe läge.

2.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2015 bez. Frackingfreie Stadt Meerbusch Vorlage: FB1/0053/2015

Beschluss:

Der Bau – und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat dem Grundsatz der Bürgeranregung des BUND vom 01.03.2015 folgend, zu beschließen, die Förderung von Gas oder anderen Stoffen durch Fracking auf Meerbuscher Stadtgebiet abzulehnen und Meerbusch zur frackingfreien Stadt zu erklären.

Die Stadt Meerbusch wird keine diesem Zweck dienende Grundstücke zur Verfügung stellen und sich konsequent gegen diese Fördermethode auf Meerbuscher Stadtgebiet stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Alle Fraktionen sind der Meinung, dass die Stadt Meerbusch frackingfrei bleiben soll.

3 Vorstellung der neuen Forsteinrichtung für den Wald der Stadt Meerbusch Vorlage: SB11/0092/2015

Herr Betsch stellt Herrn Wießner vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Regionalforstamt Niederrhein vor. Dieser erläutert ausführlich die neue Forsteinrichtung für den Wald der Stadt Meerbusch.

(Anmerkung der Schriftführerin: Die PowerPoint Präsentation ist als Anlage beigefügt)

Ratsherr Peters bittet darum, die Entwicklung der CO₂-Senke über einen längeren Zeitraum als nur bis 1998 rückblickend darzustellen.

Herr Wießner sagt dieses zu, sofern die erforderlichen Daten hierzu vorliegen.

Sachkundiger Bürger Behlen stellt die Frage, was gegen die Ablagerung von Gartenabfällen im Wald unternommen werden könne. Herr Wießner antwortet, dass die Aufklärung der Bevölkerung durch eine Veröffentlichung in der Presse ein sinnvolles Instrument sei. Darin sollte darüber aufgeklärt werden, dass die Gartenabfälle keinesfalls dem ökologischen Gleichgewicht des Waldes dienen, sondern schädlich seien, da die Atmung des Bodens behindert werde. Aus diesem Grunde müssen die Gartenabfälle beseitigt werden, was sehr kostenintensiv sei.

Sachkundige Bürgerin Brors erkundigt sich danach, warum offensichtlich gesunde Pappeln gefällt und anschließend Eschen gepflanzt würden, sie sehr anfällig gegen Krankheiten seien. Herr Wießner erläutert, dass Pappeln, die älter als 60 Jahre alt seien, vermehrt große Äste fallen lassen. Aus Gründen der Gefahrenabwehr und der Verkehrssicherungspflicht müssen diese Bäume gegebenenfalls gefällt werden. Auf sicheren Flächen könne man die Bäume auch älter werden lassen, wofür es in Meerbusch zahlreiche Beispiele gäbe.

Ratsherr Peters fragt nach Flächen, die sich auf dem Stadtgebiet Meerbusch für die Waldflächenentwicklung anbieten. Herr Wießner weist darauf hin, dass die Stadt Meerbusch neben Kaarst und vielen privaten Waldbesitzern Mitglied in der Forstbetriebsgemeinschaft Neuss sei. Diese unterstütze und berate u.a. bei der Entwicklung von Waldflächen. Allerdings sei es im Kreis Neuss schwierig, dafür Flächen zu finden. Herr Betsch erklärt, dass bei jeder sich bietenden Gelegenheit Ausgleichsflächen für die Waldentwicklung genutzt würden.

Auf die Frage von Ratsherrn Peters nach Waldschäden, die über die im Vortrag genannten hinausgehen, antwortet Herr Wießner, dass die jährlich durch das Land NRW durchgeführte Waldschadenserhebung noch nicht ausgewertet sei und er deshalb dazu momentan keine Auskunft geben könne.

Ratsherr Banse fragt, wem der Erlös aus der Bewirtschaftung des Waldes zufließen würde. Herr Hook, zuständiger Förster, führt aus, dass ca. 2,50 € pro Festmeter Holz an das Land NRW und der Rest an den Eigentümer fließe. Das seien durchschnittlich ca. 30,-€ pro Festmeter. Herr Wießner er-

läutert, dass die Aufforstung von 2 Hektar Wald 15.000,- € - 16.000,- € kostet, so dass der Erlös gerade reicht, um die Aufforstung zu finanzieren.

Ratsfrau Pricken möchte wissen, welche Auswirkung die Zunahme der Neophyten auf Flora und Fauna habe. Herr Wießner erklärt, dass heimische Pflanzen durch Neophyten verdrängt werden und es dadurch zu einem Nahrungsmangel bei heimischen Tierarten kommen könne. Allerdings bieten einige Neophyten z.B. Bienen reichhaltige Nahrung. Die Eindämmung der Ausbreitung gestaltet sich sehr schwierig. Gelegentlich gäbe es Freiwilligen-Aktionen, die von Naturschutzorganisationen organisiert würden.

Ratsherr Gabernig fragt, ob die Nutzung eines Waldes als Friedwald Einfluss auf dessen Bewirtschaftung hat. Herr Wießner sagt, dass ihm keine Probleme bekannt seien. Allerdings seien die Friedwälder noch nicht so alt, dass er auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken könne. Grundsätzlich würde in einem Friedwald möglichst wenig eingegriffen und nur getan was nötig sei.

4 Naturnahe Wildblumenwiesen für Meerbusch **Vorlage: SB11/0094/2015**

Herr Betsch erläutert die Informationsvorlage und stellt das Konzept zur Erweiterung der Flächen mit Wildblumenwiesen in Meerbusch vor.

(Anmerkung der Schriftführerin: Die PowerPoint Präsentation wird der Niederschrift beigefügt)

Die Frage, ob für die vorgestellten Maßnahmen bereits Mittel im Haushalt 2016 geplant seien, verneint Herr Betsch, da es sich lediglich um Vorschläge handle.

Bezüglich der Kosten für die Abfuhr des Mähgutes regt Sachkundige Bürgerin Brors an, dieses den umliegenden Landwirten anzubieten. Herr Betsch erklärt, dass dieses Angebot abgelehnt worden sei, weil in der Mahd auf einigen Flächen unerwünschte Kräuter gewesen seien.

Frau Niegeloh erkundigt sich, ob sich die ausgewählten Flächen auch für Urban Gardening eignen würden. Dieses bejaht Herr Betsch, gibt aber zu bedenken, dass die Flächen sich teilweise weit außerhalb der Ortschaften befänden und dieses dem ursprünglichen Gedanken des Urban-Gardening widerspräche.

5 Baumfällungen Herbst/Winter 2015/16 **Vorlage: SB11/0098/2015**

Herr Betsch erläutert die Informationsvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Informationsvorlage nach kurzer Diskussion zur Kenntnis.

6 Abfallentsorgungskonzept 2017 - 2024 **Vorlage: FB1/0301/2015**

Beschlussvorschlag:

Beratung und Beschlussfassung werden vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Meffert beantragt, die Beratung und Beschlussfassung zum neuen Abfallentsorgungskonzept zu vertagen, da die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und das Konzept zunächst in ihrer Klausurtagung behandeln möchte.

Ratsfrau Niegeloh und Ratsherren Peters und Gabernig erklären für ihre Fraktionen, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zwar hätten zustimmen können, den Vertagungsantrag aber mittragen werden.

Auf Nachfrage erläutern Frau Frey und Herr Bechert, dass die Einführung von 40-Liter-Tonnen nicht angedacht sei, ebenso sei ein längerfristiger Leerungsrhythmus aus Hygienegründen nicht praktikabel. Für Haushalte mit wenigen Personen und geringem Abfallaufkommen bestehe auch künftig die Möglichkeit der Bildung von Nutzergemeinschaften.

Frau Frey stellt klar, dass es jetzt darum gehe, die Eckpunkte für die künftige Abfallentsorgungsstruktur in Meerbusch zu verabschieden, um auf der Grundlage dieses Konzeptes die im nächsten Jahr erforderliche EU-weite Ausschreibung der Leistungen vornehmen zu können.

Ratsherr Banse bittet darum, die Einführung eines Wiegesystems in die Überlegungen einzubeziehen.

7 Anträge

7.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 09.10.2015 zur Sanierung der Kemper Allee, hier: Erhalt 44 Amberbäume und Aufbringen Deckschicht Vorlage: FB5/0083/2015

Herr Trapp berichtet über ein Anschreiben der Bewohner der Kemperallee, das 20 von 21 Bewohnern unterschrieben haben. In diesem Schreiben haben die Anwohner ihre Meinung zum beabsichtigten Ausbau geäußert. Herr Trapp gehe deshalb davon aus, dass die in der Bürgeranhörung am 29.09.2015 angekündigte schriftliche Befragung der Bürger entfallen könne.

Die Ausschussmitglieder sind einhellig der Meinung, dass der Antrag der UWG-Fraktion zurückgestellt und bei der Beratung zum Ausbau der Kemperallee wieder auf die Tagesordnung genommen werden solle.

Dieser Auffassung schloss sich die Vertreterin der UWG-Fraktion, sachkundige Bürgerin Brors, an.

Ratsherr Meffert ist der Meinung, dass es besser sei, wenn zukünftig die Bürgeranhörungen nur mit einem zuvor vom Bau- und Umweltausschuss beschlossenen Entwurf durchzuführen. Andernfalls führe das, wie im Fall Kemperallee, zu Verwirrung bei den Bürgern.

Diese Meinung teilt Ratsherr Peters nicht. Die Vorstellung unterschiedlicher Varianten habe möglicherweise kritische Anmerkungen und hilfreiche Einwendungen der Bürger zur Folge, die die Entscheidung für eine Variante beeinflussen könne.

Ratsherr Gabernig erinnert daran, dass der Bau- und Umweltausschuss in der Sitzung am 02.09.2015 die Variante 1 beschlossen hat. In die Bürgeranhörung sollten jedoch die anderen Varianten mit eingebracht werden. Diese Vorgehensweise befürwortet er.

Ratsfrau Niegeloh spricht sich für eine bessere Einbindung der Bürger im Vorfeld einer Planung aus. Dieses sei einfacher zu handhaben, als im Nachhinein auf Zustimmung und Verständnis zu hoffen.

Ausschussvorsitzender Jürgens sieht es als Aufgabe des Bau- und Umweltausschusses als ein Organ der parlamentarischen Demokratie an, eine Entscheidung bzgl. der Ausbauvarianten zu treffen, um eine Irreführung der Bürger zu vermeiden.

8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

9.1 Radfahrersituation im Bereich Ostara

Herr Trapp erläutert ausführlich die Radfahrersituation im Gebiet Ostara.

Anschließend entsteht eine Diskussion über die Markierung für Radfahrer im Kreisverkehr Winklerweg / Marie-Curie-Straße. Dort müssen die Radfahrer den Radweg verlassen und auf der Fahrbahn ihren Weg durch den Kreisverkehr fortsetzen. Dieses halten mehrere Ausschussmitglieder für gefährlich und unfallträchtig. Herr Trapp betont, dass dieses den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung und den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) entspreche und es keinen Grund gäbe davon abzuweichen.

Mehrheitlich bitten die Ausschussmitglieder um Prüfung, ob es eine Möglichkeit gibt, durch eine Markierung auf der Fahrbahn den Radweg zu kennzeichnen und damit die Sicherheit zu erhöhen.

(Hinweis der Schriftführerin: Näheres zur Führung des Radverkehrs ist auf der folgenden URL zu finden: https://www.adac.de/_mmm/pdf/fv_rad_fahren_alrutz_einsatzbereiche_63107.pdf)

9.2 Verkehrssignalanlage Haus Meer

Herr Trapp erläutert, dass die Verkehrssignalanlage am Haus Meer zum einen die Aufgabe habe, den Schienenverkehr zu sichern und zum anderen, den öffentlichen Straßenverkehr zu regeln. Dazu be-

tont er, dass es sich bei der Anbindung Haus Meer um eine Privatstraße handele, die bei der Verkehrsregelung nachrangig behandelt werde.

Grundsätzlich funktioniere die Verkehrssignalanlage verkehrsabhängig. Die Stadtbahn fordere die Schließung der Schranken aus Richtung Düsseldorf kommend vor der Haltestelle Forsthausweg und aus Richtung Krefeld kommend nach der Haltestelle Boverth an. Besonders in den Morgenstunden seien diese Haltestellen stark frequentiert, so dass die geplante U76-Haltezeit von 45 Sekunden überschritten werde. Dazu komme, dass sich die Schließzeiten der Schranke ggfs. lückenlos addieren, da zwischen 7:00 Uhr und 8:00 Uhr 19 Züge passieren. Die Auslastungsgrenze der Verkehrssignalanlage ohne Stadtbahnbeeinflussung läge bei ca. 1.800 Fahrzeugen pro Stunde. Diese Zahl werde in dieser Zeitspanne deutlich überschritten. Diese Gesamtsituation führe dazu, dass es am Haus Meer im Straßenverkehr zu verlängerten Wartezeiten kommen könne, was jedoch nicht zu ändern sei.

9.3 Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte (AGFS)

Ratsherr Peters erkundigt sich nach der in der vergangenen Woche erfolgten Befahrung zur Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte (AGFS).

Herr Trapp berichtet von der Befahrung des Stadtgebietes mit Vertretern des Landes und der Bezirksregierung Detmold. Diese haben wichtige Anregungen gegeben, inwieweit noch Maßnahmen durchgeführt werden sollten, um die Mitgliedschaft erwerben zu können. Die Verwaltung werde diese Maßnahmen umsetzen. Die endgültige Einschätzung und Entscheidung über die Mitgliedschaft werde voraussichtlich im April oder Mai 2016 erfolgen.

9.4 Gerichtstermin Webergasse

Ratsfrau Niegeloh bittet um Information über den Gerichtstermin bezüglich der Umstufung der Webergasse im Beitragsverfahren nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW (§ 8 KAG NRW).

Herr Trapp erklärt, dass die zuständige Richterin des Verwaltungsgerichts Düsseldorf nach einem Ortstermin zu der Auffassung gelangt sei, dass die Webergasse keine Anliegerstraße, sondern eine Haupteerschließungsstraße im Sinne der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW sei. Als Begründung sei genannt worden, dass der Webergasse auch ohne die Anlieger der bebauten Grundstücke eine Funktion zukäme und insbesondere für die in die Webergasse einmündenden Straßen Verbindungen zu zwei Kreisstraßen darstelle.

Die Konsequenz sei, dass die Beiträge für die Straßenbeleuchtung lediglich 50% betragen.

Es habe insofern Auswirkung auf zukünftige Maßnahmen, dass die Kriterien zur Prüfung der Einstufung von Straßen durch das Gericht anders gewichtet worden seien als bisher. Dies sei von der Verwaltung in zukünftigen Beitragsverfahren zu berücksichtigen.

9.5 Gebührenkalkulation Friedhöfe 2016

Herr Betsch stellt das neue Kalkulationsmodell für die Friedhofsgebühren vor.

(Anmerkung der Schriftführerin: Die PowerPoint Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.)

Der Ausschuss nimmt dieses diskussionslos zur Kenntnis.

10 Termin der nächsten Sitzung: 18. November 2015

11 Verschiedenes

11.1 Bewerbung um den Umweltpreis

Ratsherr Gabernig erkundigt sich nach dem Umweltpreis, den RWE in Zusammenarbeit mit der Stadt Meerbusch ausgelobt hat. Frau Frey erläutert, bislang seien keine Beiträge eingegangen, die Frist für die Einsendung ende am 30. November. Bei einer früheren Auslobung dieses Preises seien lediglich zwei Beiträge eingegangen, die jedoch nicht preiswürdig gewesen seien.

11.2 Zustand des Bürgersteigs am Hoterheideweg

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach dem Zustand des Bürgersteigs am Hoterheideweg. Diesbezüglich habe es eine Beschwerde gegeben, die bereits 3 Jahre zurückläge. Seitdem sei keine Reaktion seitens der Verwaltung erfolgt und die Situation habe sich auch nicht geändert. Frau Niegeloh bittet um Prüfung und Information der Bürger.

Herr Trapp erklärt, dass der Verwaltung kein diesbezügliches Schreiben vorläge.

(Anmerkung der Schriftführerin: Der Verwaltung wurde nach der Sitzung das Beschwerdeschreiben übergeben.)

11.3 Zustand des Bürgersteigs an der Gottlieb-Daimler-Straße

Ratsfrau Niegeloh berichtet darüber, dass an der Gottlieb-Daimler-Straße Baufahrzeuge über den Bürgersteig führen. Sie äußert Zweifel darüber, dass sich der Bürgersteig in einem einwandfreien Zustand befände.

Herr Trapp erklärt, dass die Straße noch nicht übernommen sei und es eine Gewährleistungsfrist von 5 Jahren gäbe, so dass eventuelle Mängel später beseitigt werden können.

11.4 Erweiterung der Halteverbotszone auf der Strümper Straße

Ratsfrau Niegeloh berichtet darüber, dass Bürger angeregt haben, die Halteverbotszone auf der Strümper Straße im Bereich der Bäckerei Hilgers auszuweiten, weil es durch den Rückstau bei Schrankenschließung zu Gefährdungen käme.

Herr Trapp sagt eine Überprüfung nach endgültiger Fertigstellung des Kreuzungsbereiches Strümper Straße / Kapellenstraße / Winklerweg zu.

11.5 Straßenschaden auf der Ackerstraße

Ratsherr Banse fragt, wann der Schaden auf der Ackerstraße behoben wird. Die Absicherung stünde bereits seit einiger Zeit, aber es passiere nichts.

(Anmerkung der Schriftführerin: Gemäß einer Mitteilung der Entwässerungsabteilung handelt sich um einen Kanaleinbruch, dessen Reparaturarbeiten bereits beauftragt sind.)

11.6 Umbau des Meerbuscher Hofes

Ratsherr Banse berichtet über die Baustelle am Hotel Meerbuscher Hof und äußert Bedenken über den Weiterbetrieb während der Umbauphase.

Die Situation wird von der Verwaltung geprüft.

Meerbusch, den 17. November 2015

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in